

Provokante These

Familien brauchen in Zürich keine Förderung

Wohnaufförderung für Familien ist ein Schwerpunkt der Zürcher Stadtentwicklung. «Falsch», lautet das Fazit einer neuen Studie. Wollte man urbane Vielfalt, so müsste man Einzelhaushalte fördern.

30.10.2015, 05:30 Uhr

tox. · In der Stadt Zürich wurden in den letzten Jahren Hunderte neuer Genossenschaftswohnungen gebaut, und auch der kommunale Wohnungsbau wurde wieder belebt. Von Leimbach bis Affoltern sind familienfreundliche Wohnungen entstanden und weitere geplant, weil die sozialdemokratisch geprägte Wohnbaupolitik davon ausgeht, dass Familien besonderer Förderung bedürfen. Eine Studie des Zürcher Büros Zimraum, die in der Herbstausgabe des «Swiss Real Estate Journal» erscheint, zieht diese Strategie nun aber in Zweifel.

Stadtflucht lange passé

Sie stützt sich auf neuere Literatur aus Deutschland und belegt mit einer Umfrage bei 1070 Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt Zürich, dass Familien mit Kindern grundsätzlich einen kleineren Teil ihres Haushaltbudgets für Wohnkosten ausgeben als Personen in kinderlosen Haushalten. Am stärksten belastet seien Alleinstehende und Alleinerziehende (siehe Grafik).

Dieser Befund erstaunt nicht, wenn man sich anschaut, wie sich die Bewohnerschaft der Stadt Zürich in den letzten Jahren entwickelt hat. Zwar ist die Stadtflucht der neunziger Jahre in vielen Köpfen noch präsent. De facto sind die Geburtenraten in Zürich aber seit 2004 höher als in der Region; zudem verlassen immer weniger Familien mit schulpflichtigen Kindern die Stadt.

Die Autorin Joëlle Zimmerli zeichnet in ihrer Studie zwei Trends nach: die «innere Suburbanisierung» und die «Family Gentrification». Beim Ersten geht es darum, dass heute Planer, Investoren und Politiker darauf achten, die Stadtquartiere grün, verkehrsarm und familienfreundlich zu gestalten, und so kinderfreundliche Inseln entstehen. Das zweite Stichwort beschreibt den Umstand, dass gerade Jungakademiker sich nach der Geburt ihrer Kinder bewusst für ein städtisches Umfeld entscheiden. Beide Eltern verfolgen eine Karriere, schätzen das gute Kinderbetreuungsangebot in der Stadt und wollen ihr soziales Netz nicht aufgeben. Das Stichwort «Dual Career» erklärt auch, weshalb diese Familien nicht unbedingt Mühe haben auf dem Wohnungsmarkt.

Wie die Ergebnisse der Umfrage belegen, unterscheiden sich die Anforderungen von Familien und von Haushalten ohne Kinder an das Wohnumfeld nicht gross. Beide schätzen Einkaufsmöglichkeiten und Ärzte in

der Nähe, allerdings legen Familien naturgemäss mehr Wert auf Schulen und Kitas im Quartier. Ein sicheres Wohnumfeld, kurze Arbeitswege und die Chance, Gleichgesinnte zu treffen, sind aber ebenfalls beiden Gruppen wichtig. Der Entscheid, ob eine Familie in der Stadt bleibt oder aufs Land zieht, hat gemäss Zimmerli vor allem mit ihrer eigenen Herkunft zu tun. Wer in der Agglomeration oder auf dem Land aufgewachsen ist, den zieht es bei der Familiengründung tendenziell dorthin zurück. Städter hingegen schätzen, auch wenn sie Kinder bekommen, den urbanen Lebensstil.

Die Falschen gefördert?

So stelle sich die Frage, ob die städtische Wohnbaupolitik zu stark auf Familien setze, wenn diese aus eigenem Antrieb in der Stadt blieben und auch nicht zu den benachteiligten Gruppen auf dem Wohnungsmarkt gehörten, heisst es in der Studie. Ein Vergleich mit Basel zeige, dass sich die dortige demografische Entwicklung kaum von der Zürichs unterscheide, obwohl die Basler Wohnbaupolitik weniger offensiv sei.

Würde man sich wirklich um eine vielfältige soziale Durchmischung sorgen, so müsste man eher günstigen Wohnraum für Einpersonenhaushalte mit schmalen Einkommen fördern, lautet das Fazit der Studie. Solche Wohnungen sind in den letzten Jahren nämlich mehr und mehr aus Zürich verschwunden. Betroffen sind etwa alleinstehende ältere Frauen, die aus der Stadt verdrängt werden.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblich vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.